

Gabriele Behr
Bechtsbütteler Weg 28

Braunschweig, 04.03.2010

Herrn
Götz-Rüdiger Kliesch
Am Klei 14

38110 Braunschweig

Offener Brief

Guten Tag Herr Kliesch,

aus dem Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 04.03.2010 geht hervor, dass Sie und die Mehrheit der Anwohner das Glockenläuten als belastende und unangemessene Kritik am Vollzug einer demokratischen Entscheidung empfinden. Dazu kann ich nur sagen, die Ratsmehrheit kann ja wohl kaum mit der Mehrheit der Bevölkerung gleichzusetzen sein. Natürlich wird es Anwohner geben die das Glockenläuten überflüssig oder gar lästig finden.

Es gibt ja auch Befürworter des Landebahnausbaus, allerdings ist das nicht die „Mehrheit der Bevölkerung“ nur bei den Ratsmitgliedern. Die Politiker vor Ort haben ja eine offene Politik bisher nicht betrieben, sondern scheuen das Gespräch und schicken z.B. zur Bezirksratssitzung ihren Vertreter, Frau Ilse Cordes vor.

Mir drängt sich dazu noch die Frage auf, was wäre 1989 in der DDR gewesen wenn die Glocken nicht geläutet hätten. Gerade die Kirche war doch für Viele Rückhalt und Beistand. Außerdem wer mag schon beurteilen ob nicht auch gebetet wird. Beim Anblick des abgeholzten Waldes drängt sich auch Hartgesottenen das eine oder andere Stoßgebet auf.

Wenn so ein entscheidender Eingriff in die Umwelt der „Nordstädter“ ansteht kann man ja wohl erwarten, das es demokratische Entscheidungen gibt (wobei der Begriff Demokratie ja offensichtlich nicht von Allen gleich interpretiert wird - Volksentscheid ?-) und nicht nur im nachhinein vertröstende Worte, das die Grasseler Str. solange wie möglich offen bleiben soll.

Die „Mehrheit der Bevölkerung“ hat jedenfalls nicht mit solchen Winkelzügen wie „Umwidmung in Schutzgebiete“ gerechnet und man war dann doch ernsthaft erschüttet, dass der Prozess verloren wurde. Ihr Chef Herr Gert Hoffman sitzt ja in allen nötigen Vorständen und Gremien um sich seine Verträge praktisch selbst auszustellen und zu unterschreiben.

Die Politikverdrossenheit wird allgemein kritisiert. Sie und Ihresgleichen lachen sich ins Fäustchen: „Ha- nur 30 Demonstranten!“ Diese Zahl gilt als Nichts. Die leider schweigende „Mehrheit“ – die sagt: „Die machen doch eh was sie wollen“ - wird ja nicht zur Kenntnis genommen.

Warum gehen denn die Bürger nicht mehr wählen?

Lesen Sie bitte den Brief nochmals von Anfang an, dann wissen Sie es!

In diesem Sinne
gez. Gabriele Behr